

Eine europäische Pressemeldung als Arendtsches Motiv für eine neue Projektgruppe

„Belgien verweigert dem Präsidenten der Republik Ecuador die 11-jährige Illegale Angelica zu befreien. Der jetzige Präsident von Ecuador hat am 17. Juli persönlich versucht, die Entlassung von zwei seiner Bürger durchzusetzen. Rafael Correa, Staatschef von Ecuador, hat sich persönlich zu einem geschlossenen belgischen „Zentrum“ begeben, dorthin, wo unter der Adresse „127 b, Steenokkerzeel“ illegale Migranten auf ihre Ausweisung warten müssen. Dieser Präsident, ehemaliger Studierender der Universität Löwen (Brabant) und mit einer Belgierin verheiratet, wollte Ana Elizabeth Cajamarca Arizaga, eine engagierte Streiterin für die Rechte der „Sans-Papiers“ und ihre Tochter Angelica treffen. Beide wurden am 30. Juni in einem Vorort von Brüssel inhaftiert, als sie aus einem Autobus ausstiegen. Im Rahmen „einer Razzia“, bestätigten ihre Freunde.

Angelica hat die öffentliche Meinung bewegt, indem sie der Zeitung „Le Soir“ einen Brief schrieb, der am 18. Juli abgedruckt wurde. Das kleine Mädchen, das in Belgien seit 2003 lebt, drückt in ihm ihren Kummer, ihre Belastung, ihre Ängste vor Uniformen und vor einer bevorstehenden Ausweisung aus. „Wir sind“ kommentiert ein Journalist der Zeitung „ebenso wie Angelica den Tränen nahe. Vor Wut. Aber das Schlimmste ist unsere Scham für ein System, das ein kleines Mädchen zwingt, seine Sommerferien hinter den Mauern des Gefängnis zu verbringen“.

„Menschenrechtsverletzung“ Präsident Correa hat sich daher in das Abschiebezentrum begeben, die Mutter und die Tochter lange in die Arme geschlossen, bevor er, emotional sichtlich bewegt, den „Angriff auf die Menschenrechte“ denunzierte, den seiner Meinung nach die Inhaftierung des Kindes bedeutet. Sein Aufruf, dem sich mehrere belgische Persönlichkeiten anschlossen, unter anderem der Beauftragte für Kinderrechte bei der frankophonen Kommunität Belgiens, hat das Ausländerbüro, das zum Innenministerium gehört, nicht beeinflussen können seine Haltung zu ändern. „Wir lassen uns nicht durch die Meinung eines ausländischen Staatsoberhauptes beeinflussen“, bemerkt Freddy Roosemont, der Chef dieses Büros. Die belgischen Behörden haben dem Präsidenten Correa wissen lassen, dass sich 100.000 Ecuadorianer illegal in Europa aufhalten und dass es dem Herkunftsland zukommt, diesen Menschen „eine Perspektive“ zu eröffnen. Darüber hinaus hat sich das belgische Außenministerium, das vom ecuadorianischen Botschafter eingeschaltet und beteiligt wurde, für nicht zuständig erklärt.

Am 22. Juli haben einige Engagierte den Vater, den Bruder und die Schwester von Angelica, die vor der „127 b“ demonstrierten, begleitet. Die Polizei zeigte massive Präsenz und im Zentrum gab es einige Vorfälle. Trotzdem beharrt die Verwaltung auf ihrer Position, obwohl die 4 politischen Parteien, die die neue belgische Regierung bilden wollen, einen Text des zukünftigen Ministerpräsidenten Yves Leterme prüfen, der die „Suche nach alternativen Lösungen“ zur Inhaftierung von Kindern fordert/ erwähnt. Der jetzige Innenminister, Patrick Dewael nimmt an diesen Verhandlungen teil. Die Inhaftierung von Kindern wurde wiederholt als illegal eingestuft, nichtsdestotrotz leben in Steenokkerzeel neben Angelica noch ungefähr zehn weitere Kinder hinter Schloss und Riegel.

Vor einer Woche hat die Angelegenheit eine noch weit schockierendere Wendung genommen, weil ein Gericht die Befreiung der Mutter und des Mädchens angeordnet hatte. Die Staatsanwaltschaft allerdings legte Widerspruch ein. Dann aber konnte die Angelegenheit am 23. Juli nicht verhandelt werden, weil die Direktion des Abschiebezentrums „vergessen“ hatte die Überstellung der beiden Ecuadorianerinnen zu organisieren und ihnen die Teilnahme an ihrer Verhandlung zu ermöglichen. Die Richter hoffen nun am 25. 07. über den Fall entscheiden zu können.“

Abschiebung oder Integration: Über die Rechte der Anderen

Hier geht vielleicht nicht ausschließlich um verletzte Schutzrechte von Menschenrechtsaktivisten und deren Kinder. So sehr der hier die belgische Öffentlichkeit beschäftigende Abschiebeskandal auch von belgischen Beamten handelt, die die Kinderrechtskonvention der UN nicht anwenden wollen, tangiert uns die subjektive Frage: Wie kommen Sans-Papier, Menschenrechtsgruppen und ein südamerikanische Staatspräsidenten dazu, in die belgische und damit europäische Flüchtlingspolitik eingreifen zu können? Wir fragen uns, wer sind diese Ana Elizabeth C. und Angelica Arizaga und was macht Rafael Correa in der Steenokkerzeel-Straße? Wie kann ein Kinderbrief zum Sprachrohr der vom belgischen Innenministerium angegebenen 100 000 illegalen Europäer werden, zukünftigen Citoyens, die, wenn man sie auf ihre Herkunft reduzieren will, ecuadorianische Einwanderer sind?

Strukturalistisch gesprochen, geht es um Netzwerke, die diese Aktion ermöglicht haben. Politisch formuliert aber geht es um Subjektkonstitution, eine Qualität der Handelnden, die die Teilhabe am Leben der Europäer so einklagt, dass das „Projekt Europa“ auf geteilter Entwicklung beruhen wird. Es geht nicht an, dass die sozialistische spanische Regierung bei den Feierlichkeiten zum Jubiläum der Römischen Verträge im Zusammenhang mit der gemeinsamen Bekämpfung der Bandenkriminalität und des Drogenhandels flugs noch die Bekämpfung der illegalen Einwanderung hinzufügen kann. Wir müssen eine Antwort finden auf die subjektiven Energien, die das illegale Überschreiten der europäischen Außengrenzen bedeuten. Diese Wanderungsbewegungen sind eben keine kriminellen Energien, sondern zu allererst partizipative Energien, die den lebensgefährlichen Eintritt in den europäischen Rechtsraum ermöglichen. Dabei reichen auch die Überlegungen von Nicolas Sarkozy zur Renaissance Afrikas, die er vor wenigen Tagen in der Universität von Dakar vortrug, nicht aus. Die globale Renaissance des „Rechtes Rechte zu haben“, sucht sich ihren Ort eben auch in den Wartesälen des Grenzregimes, wenn wir die handelnden Akteure nicht damit abweisen wollen, dass sie sich gerne woanders entwickeln dürfen.

Die Frage, warum sie nicht als wohlhabende Touristen oder erfolgreiche Entwicklungspolitiker zu uns kommen, sondern immer deutlicher unsere Abschiebetechniken anklagen, ist die eminent politische Frage nach erweiterter Geltungskraft aller, also auch der politischen Menschenrechte über Staatsgrenzen hinweg. Bürgerrechte in Ecuador sind ohne „co-développement“ nicht möglich. Ein Kooperations-Anspruch, der den Mercosur, die United Nations, die EU, aber auch Belgien betrifft und der so die Auflösung der europäischen Abschiebezentren ermöglichen sollte.